

# Laibacher Zeitung.

Nr. 99.

Pränumerationspreis: Im Comptoir ganzj. fl. 11, halbj. fl. 5.50. Für die Zustellung ins Haus halbj. 50 fr. Mit der Post ganzj. fl. 15, halbj. fl. 7.50.

Donnerstag, 30. April

Insertionsgebühr bis 10 Zeilen: 1mal 60 fr., 2mal 90 fr., 3mal 1 fl.; sonst pr. Zeile 1m. 6 fr., 2m. 8 fr., 3m. 10 fr. u. s. w. Insertionsstempel jedesm. 30 fr.

1868.

## Mit 1. Mai

beginnt ein neues Abonnement auf die

## „Laibacher Zeitung.“

Der Pränumerations-Preis beträgt für die Zeit vom 1. Mai bis Ende Juni 1868:

|                                           |              |
|-------------------------------------------|--------------|
| Im Comptoir offen . . . . .               | 1 fl. 84 fr. |
| Im Comptoir unter Couvert . . . . .       | 2 „ — „      |
| Für Laibach ins Haus zugestellt . . . . . | 2 „ — „      |
| Mit Post unter Schleifen . . . . .        | 2 „ 50 „     |

## Ämtlicher Theil.

Se. k. k. Apostolische Majestät haben an den Reichs-kriegsminister nachfolgendes Allerhöchste Handschreiben allergnädigst zu erlassen geruht:

Lieber Freiherr v. Ruhn! Indem Ich im Hinblick auf Meine Entschliessungen vom 9. Juni und 3ten August 1867 beabsichtige, denjenigen ehemaligen k. k. Officieren, die in Folge der Ereignisse der Jahre 1848 und 1849 ihrer Versorgungsansprüche verlustig wurden, ohne seither in ärarische Bezüge getreten zu sein, eine angemessene Versorgung aus dem allgemeinen Militärpensionsetat zu Theil werden zu lassen, beauftrage Ich Sie, einvernehmlich mit Meinem ungarischen Ministerpräsidenten die diesbezüglichen speciellen Anträge auf Grund der einkommenden Eingaben Mir vorzulegen und zugleich die Vorschläge zur Erlangung der verfassungsmässigen Bedeckung der dadurch erwachsenden Ausgaben zu erstatten.

Ofen, am 25. April 1868.

Franz Joseph m. p.

## Nichtamtlicher Theil.

### Bur nord-schleswig'schen Angelegenheit.

Ueber den Stand der nord-schleswig'schen Angelegenheit sollten eigentlich keine Bulletins mehr angesetzt werden, denn sie befindet sich nicht besser und nicht schlechter; sie kann nicht leben und nicht sterben; Dänemark fordert zu viel und Preußen will wenig oder eigentlich gar nichts geben, ja das Kopenhagener „Dagbladet“ sagt geradezu: Niemand lege den geringsten Werth auf die Berliner Besprechungen; Dänemark warte seine Zeit oder vielmehr die Frankreichs ab, welche früher oder später kommen müsse.

Die nord-schleswig'sche Frage bleibt demnach, neben so mancher andern ungelösten, auf dem europäischen Korbholz stehen und bildet fortan eines jener Sturm-wölken, die unsere politischen Wettermacher so trefflich für ihre Pläne auszunützen verstehen. Dänemark findet in Betreff der Grenzfrage die Linie der Gjennerbucht unannehmbar und fordert die Zurückgabe der Position Düppel-Alsen, d. h. also die Einziehung ganz Nord-schleswigs von dem Flensburger Busen an. Preußen dagegen will sich nicht dazu verstehen und wird sich — wenn wir uns auf seinen militärisch-politischen Standpunkt stellen, und demgemäß urtheilen — nie dazu verstehen, jene Position auf friedlichem Wege zu räumen, weil es dieselbe durch höchst respectable permanente Befestigungen zu einem bedeutenden Waffenplatz umgeschaffen hat, der ihm zur besseren Vertheidigung Nord-Deutschlands und zunächst zur Behauptung der Elbeherzogthümer unentbehrlich dünkt.

So stehen die Forderungen, so stehen die Dinge wegen Nord-schleswigs, also, wie man wird gestehen müssen, ziemlich hoffnungslos für einen beiderseitigen Compromiß. In Dänemark weiß man recht wohl, daß seiner Zeit durch Vermittlung des französischen Cabinets die Nikolsburger Präliminarien und der Prager Frieden zu Stande kamen mit seinem, die nord-schleswig'sche Angelegenheit betreffenden Passus, und bemüht sich, hieraus Capital zu schlagen, sei es für jetzt, sei es für die Zukunft. Beharren die Dänen auf ihren Forderungen, wird also diese Frage nicht aus der Welt geschafft, so tritt damit das Vermächtniß des alten dänisch-deutschen Streites — der nun bereits zwanzig Jahre währt, in vier Feldzügen Ströme Blutes kostete und selbst die mittelbare Ursache abgab zu dem Feldzuge des Jahres 1866 — in eine neue Phase, aus der seiner Zeit Com-

plicationen hervorgehen können, deren Tragweite, je nach der Constellation der Dinge in Europa, schon jetzt nicht unterschätzt werden darf.

Es handelt sich für beide Theile — mag man auch in Dänemark noch so sehr die Durchführung des „Nationalitätsprinzips“ zum Vorwand nehmen — wenig oder gar nicht um ein größeres Maß von Ländererwerb, sondern lediglich um den Besitz der militärischen Position Düppel-Alsen, also um einen strategischen Stützpunkt, über dessen hohe Bedeutung sowohl für Dänemark als auch für Preußen alle militärischen Autoritäten einig sind. Welchen Verlauf auch die nord-schleswig'sche Angelegenheit vorerst nehmen wird, darf man sich doch überzeugt halten, daß dieselbe bei jeder europäischen Complication mit echt dänischer Zähigkeit aufs neue wachgerufen werden wird. Es dürfte von tagesgeschichtlichem Interesse sein, die preussische Anschauung in dieser Angelegenheit näher kennen zu lernen. Eine uns vorliegende militärisch-politische Schrift, im preussischen Sinne geschrieben, gibt uns hierzu genügende Anhaltspunkte.

Ein Blick auf die Grenzen Deutschlands zeigt, daß seine Nordgrenze die militärisch schwächste von allen ist. Daß dennoch der Norden deutsch geblieben und nicht dänisch geworden, ist zumeist den Hansestädten zu danken, und wenigstens die Dänen den Franzosen unter Napoleon I. stets getreue Bundesgenossen waren, ward doch im Wiener Congreß der Nordgrenze Deutschlands nicht gedacht; während des langen Friedens verschwanden auch die noch vorhandenen Festungen Glückstadt, Hamburg etc. und das letzte Bollwerk Deutschlands im Norden, die Festung Rendsburg, ward 1851 von den Dänen zum Theil geschleift.

Während des deutschen Befreiungskrieges zeigte sich die militärische Wichtigkeit der Elbe-Herzogthümer im höchsten Maße, wurde aber, weil Davoust seine Aufgabe nicht erfüllte, später wohl weniger beachtet, als sie verdiente. Hätte der Marschall, der nahe an 50,000 Franzosen und Dänen befehligte und in Hamburg stand, sich energischer gezeigt, hätte er 1813 den Befehlen Napoleons gemäß nach der Mittelelbe zu operirt, sich mit Mey und Dubinot verbunden, um auf Berlin zu marschiren, der Feldzug hätte leicht einen andern Verlauf genommen.

Im Falle eines Krieges zwischen Deutschland und Frankreich, der gewiß Dänemark auf des letztern Seite sehen wird, dürfte es ungemein schwer fallen, den Anfall Frankreichs zu pariren, wenn ersteres in seinem rechten Arm gelähmt und gezwungen wäre, seine besten Kräfte zur Deckung der Nordgrenze, also seiner rechten Flanke, zu verwenden. Das aber wäre der Fall ohne den Besitz der Düppel-Alsen-Position und der befestigten Eiderlinie. Mit anderen Worten: die genügende Deckung der norddeutschen Grenze sichert erst die Operationen einer am Niederrhein stehenden deutschen Armee; und umgekehrt kann die Rheinlinie von Norden aus umgangen werden. Wie rasch die Franzosen zu handeln vermögen, hat 1859 der Feldzug in Italien gezeigt, und der Weg zur See von Frankreich nach Schleswigs Westküste mit ihren günstigen Landungspunkten ist nicht so viel weiter als von Toulon nach Genua.

Um Deutschland gegen Angriffe von Westen her mehr zu sichern, ist es somit nothwendig, die Nordgrenze zu befestigen. Die Nordgrenze aber, die befestigt werden muß, ist das Herzogthum Schleswig; die wichtigste militärische Position im Herzogthum Schleswig ist die Insel Alsen mit den Düppeler Höhen. Deshalb darf Deutschland diese nun zum zweitenmal mit deutschem Blut erkämpften Höhen bei Düppel unter keiner Bedingung wieder herausgeben, sondern muß sie wie mit eisernen Klammern sich ans Herz schließen. Durch die zu befestigende Düppel-Alsen-Position, durch die zu beschaffende Küstenvertheidigung und Monitors, sowie durch die befestigte Eiderlinie allein ist die Nordgrenze Deutschlands gesichert, und dann erst wird es Deutschland möglich sein, jeden Anprall von Westen durch einen Gegenstoß bis in das Herz Frankreichs hinein zu erwidern.

In dem Vorerwähnten haben wir den Kern der erwähnten Schrift bloßgelegt. Man wird daraus entnehmen können, warum die Verhandlungen wegen Nord-schleswig in Berlin zwischen Herrn v. Quade und Herrn v. Bucher noch immer „auf dem alten Fleck“ stehen, und schwerlich auch je zu einem beide Theile befriedigenden Abschluß gelangen werden, und nur allzu Recht scheint uns das „Dagbladet“ zu haben, wenn es sagt: „Diese Verhandlungen wurden von Anfang an von Preußen nur eingeleitet, um den auswärtigen Mächten

den Vorwand für eine Einmischung abzuschneiden; von Dänemark nur angenommen, um sich nicht dem Vorwurf auszusetzen, als habe es irgend etwas vernachlässigt. An einen Erfolg glaubt keiner von beiden Theilen . . .“

Wir haben nach alle dem kaum nöthig, zu versichern, daß wir an der Aufrichtigkeit der Versicherung, welche Graf Bismarck noch im vorigen Jahre in der norddeutschen Bundesversammlung abgab, keinen Zweifel hegen, denn wenn derselbe sagte: „Preußen habe nicht Lust, Düppel zum zweiten male nehmen zu müssen“, was in schlechtem Deutsch sagen will: „Wir behalten, was wir haben“, so dürften wir hierin schon ihm Glauben schenken. Preußen hat seit 1865 — also unmittelbar nach dem deutsch-dänischen Krieg — durch eine Reihe von bedeutenden permanenten Befestigungen auf den Düppeler Höhen, die in der Hauptsache vollendet und auch armirt sind, sich eine ungemein starke Position geschaffen und große Summen für diese fortificatorische Schöpfung aufgewendet; man wird nicht annehmen dürfen, daß es jene umfassenden und kostspieligen fortificatorischen Bauten nur darum vorgenommen hat, um sich seiner Zeit etwa in der Räumung solcher Objecte zu üben.

Die alten Fragen in Europa bleiben zum guten Theil stehen, neue kommen hinzu und unser Welttheil behält deshalb fort und fort die bange Aussicht auf Krieg und gewaltsame Erschütterungen. Dänemark aber wartet seine Zeit oder vielmehr die Frankreichs ab, in dessen Lager wir es finden werden, wenn die Stunde des Kampfes schlägt, in der Frankreich und Preußen sich messen werden. Daß dieselbe, trotz der vollen Züge aus der Friedensspeise, nicht allzu fern liegen dürfte, dafür sprechen vielbereite Indicien. (Tr. Btg.)

## 37. Sitzung des Herrenhauses

vom 28. April.

Vorsitzender: Vicepräsident Ritter von Schmerling.

Nach Eröffnung der Sitzung um 11 Uhr 30 Min. und Erledigung der Einläufe überreichen.

Frl. v. Lichtenfels, Graf Lodron, Graf A. Auer-Sperg eine große Anzahl von Zustimmungskunden und Dankadressen verschiedener Gemeinden in Nieder-Oesterreich, Böhmen, Mähren, Steiermark und Kärnten zu der Haltung des Herrenhauses in der Frage des Ehe- und Schulgesetzes. Außerdem überreichen Freiherr von Lichtenfels eine Petition der Bauebenen der niederösterreichischen Statthalterei um Berücksichtigung ihrer mißlichen Stellung, Graf Alex. Mensdorff eine Petition um Verbesserung der Lage der griech.-kath. Geistlichkeit in Galizien.

Vicepräsident Ritter von Schmerling berichtet sodann, daß die Deputation des h. Hauses, welche die Mission hatte, Sr. Majestät anlässlich des freudigen Ereignisses der Geburt einer Erzherzogin die Gefühle inniger Theilnahme zu Füßen zu legen, sich in Folge eingeholter Allerhöchster Ermächtigung noch am 24. d. M. nach Ofen begeben hat, woselbst ihr das Glück zu Theil wurde, am 25. von Sr. Majestät in besonderer Audienz empfangen zu werden. Sr. Majestät nahmen die Ansprache, welche der Führer der Deputation Ritter v. Schmerling an Allerhöchstdenselben richtete, in gnädigster Weise entgegen, geruhten den Allerhöchsten Dank für die Glückwünsche auszusprechen und speciell das Herrenhaus Sr. Allerhöchsten Huld und Gnade zu versichern. Auf besondere Einladung nahm sodann die Deputation an dem feierlichen Taufacte Theil.

Zur Tagesordnung übergehend, erfolgt die erste Lesung des Entwurfes einer Concursordnung und wird über Antrag des Landgrafen zu Fürstenberg eine Commission von 9 Mitgliedern zur Berathung dieser Vorlage eingesetzt. Behufs sofortiger Vornahme der Wahl läßt der Vorsitzende eine Ueberberührung der Sitzung eintreten.

In die Commission erscheinen gewählt: Graf Chotek, Baron Dobshoff, Baron Krauß, v. Mayer, Baron Reyer, Altgraf Salm, v. Schmerling, v. Scholler und Baron Schimonovicz.

Folgt die erste Lesung des Gesetzes über die Regelung der interconcessionellen Verhältnisse.

(Auf der Ministerbank ist mittlerweile Justizminister Dr. Herbst erschienen.)

Graf Fürst v. S. beantragt, da bekanntlich mehrere Mitglieder der früher gewählten confessionellen Com-

mission nicht in der Lage sind, an den Beratungen sich zu betheiligen, einen neuen aus 15 Mitgliedern bestehenden Ausschuss zu wählen. (Wird angenommen und sofort der Wahlact vollzogen.)

Das Resultat der Wahl ist folgendes:

In die Commission wurden gewählt: (Stimmzettel wurden abgegeben: 62, absolute Majorität 32); Graf Anton Auerberg, Landgraf Fürstenberg, Graf Hartig, Fürst Jablonowski, Klein, Karajan, Baron Krauß, Lichtenfels, Litwinowicz, Alfons Mensdorff, Meran, Miklosic, Raufcher, Schmerling, Wrba jun.

(Schluß folgt)

## 96. Sitzung des Abgeordnetenhauses

vom 28. April.

Auf der Ministerbank: Ihre Excellenzen die Herren Minister: Graf Taaffe, v. Plener, Graf Potocki, Dr. Giskra, Dr. Herbst, Dr. Brestel, Dr. Berger.

Präsident v. Kaiserfeld eröffnet die Sitzung um 10 Uhr 50 Min.

Das Protokoll der letzten Sitzung wird vorgelesen und genehmigt.

Präsident v. Kaiserfeld: Die von dem Hause aus Anlaß der Geburt der durchlauchtigsten Erzherzogin Marie an das Allerhöchste Hoflager abgeordnete Deputation ward von Sr. Majestät dem Kaiser auf das huldvollste empfangen.

Se. Majestät geruhten (das Haus erhebt sich) auf die Ansprache des Präsidenten die Deputation zu versichern, daß Sie von der treuen Gesinnung und von der Theilnahme überzeugt seien, welche das Haus der Abgeordneten bei jeder Gelegenheit Höchstwürdiger Person und Familie bewiesen; sie seien daher auch über die gegenwärtige Kundgebung derselben sehr erfreut.

Uebergend auf die Wichtigkeit und Schwierigkeit der Aufgaben, welche in Oesterreich noch zu lösen seien, geruhten Se. Majestät an die Deputation die ermunternden Worte zu richten:

Lassen Sie uns auf der betretenen Bahn rasch und entschieden fortschreiten (Bravo! Bravo!), um so ehestens zu gedeihlichen und gesicherten Resultaten zu gelangen." (Beifall.)

Ich habe nicht nöthig beizufügen, daß das h. Haus die huldvolle Art des Empfanges seiner Deputation und die von Sr. Majestät gesprochenen Worte zur freudigen Kenntniß nehmen werde, und ersuche das Haus, mit mir einzustimmen in ein dreimaliges „Hoch!“ auf Se. Majestät.

(Die Versammlung bringt ein dreimaliges begeistertes Hoch aus.)

Die Einkünfte werden mitgetheilt.

Der Ausschuss für die Bier- und Branntweinsteuer hat sich constituiert und den Baron Petrius zum Obmann, den Dr. Kun zum Schriftführer gewählt.

Der Ausschuss für den Antrag Lohninger, welcher in der letzten Sitzung gewählt wurde, ist nicht zu Stande gekommen, da 100 Stimmzettel abgegeben wurden, von welchen 2 unbeschrieben waren. Da zur Beschlussfähigkeit des Hauses 100 Stimmen nothwendig sind, wird die Wahl nochmals auf eine der nächsten Tagesordnungen gesetzt werden.

Das Finanzministerium legt drei Gesetzentwürfe zur verfassungsmäßigen Behandlung vor, u. zw.:

1. betreffend die Freigebung der Korallenfischerei an den Küsten Dalmatiens, 2. betreffend die Controle der Staatsschuld, 3. betreffend die Gebahrung mit der consolidirten Staatsschuld und den Abschluß eines diesfälligen Uebereinkommens mit dem ungarischen Ministerium.

Die eingelaufenen Petitionen werden den betreffenden Ausschüssen zugewiesen.

Abg. Ziemlowski und Genossen interpelliren Se. Excellenz den Minister des Innern, ob es wahr sei, daß in Krakau ein mit der administrativen Entscheidung in zweiter Instanz betrauter Beamter angestellt werden soll?

Se. Excellenz Minister des Innern Dr. Giskra beantwortet diese Interpellation sofort dahin, daß es nie in der Intention der Regierung oder des Ministeriums des Innern gelegen war, einen Beamten mit der administrativen Entscheidung in zweiter Instanz für Krakau zu bestellen, und daß alles, was darüber in öffentlichen Blättern enthalten war, in das Bereich der Erfindung gehört.

Es wird zur Tagesordnung geschritten.

(Schluß folgt)

## Die Gesetzentwürfe im Herrenhause.

Die Commissionen des Herrenhauses haben die Vorberatung über mehrere Gesetzentwürfe, welche theils von der Regierung, theils von dem Abgeordnetenhaus an das Herrenhaus gelangt waren, vollendet und bilden die Berichte derselben den Gegenstand der nächsten Tagesordnung.

An dem von der Regierung im Herrenhause eingebrachten Gesetzentwurf, betreffend die Bewilligung zur Errichtung und Verschuldung von Fideicommissen, wurde vom Herrenhause bloß eine Aenderung (im § 3) vor-

genommen, nach welcher die Belastung von Fideicommissen über ein Drittel des Werthes nicht von der Bewilligung durch ein Reichsgesetz und der Zustimmung der Fideicommissuratoren so wie der bekannten Anwärter, sondern von der Genehmigung des Obersten Gerichts- und Cassationshofes nach vorausgegangener Einvernehmung der Betheiligten abhängig sein soll.

An dem vom Abgeordnetenhaus beschlossenen Gesetzentwurf, betreffend die Disciplinarbehandlung richterlicher Beamten und die unfreiwillige Versetzung derselben auf eine andere Stelle oder in den Ruhestand, wurden von der Commission des Herrenhauses zwei Aenderungen vorgenommen, von welchen die eine bloß stylistischer Natur ist, während die andere (§ 31) dahingehet, daß gegen Beschlüsse des Disciplinargerichtes, welche über die Frage der Suspension ergehen, eine Berufung zulässig sein soll, und zwar gleichmäßig sowohl von Seite des Oberstaatsanwalts, als von Seite des Beamten.

An dem Gesetze in Betreff der Auslagen für Schlichter wurde bloß eine Aenderung vorgenommen, indem im § 6, statt „mit der Durchführung dieses Gesetzes sei das Ministerium des Innern beauftragt,“ gesagt wurde: „mit der Durchführung dieses Gesetzes sei der Minister des Innern beauftragt.“

Das Gesetz, betreffend die Aufhebung des Staatsrathes so wie das Gesetz, wodurch die executive Schuldhafte aufgehoben wird, wurde von den Commissionen des Herrenhauses übereinstimmend mit den Beschlüssen des Abgeordnetenhauses erledigt.

Uebrigens haben die Commissionen des Herrenhauses bei sämtlichen diesen Gesetzen die Eingangsklausel „giltig für die im Reichsrathe vertretenen Königreiche und Länder“ beantragt.

In dem Gesetzentwurf, betreffend die Organisation der Bezirksgerichte, beantragte die Commission des Herrenhauses — abweichend von den Beschlüssen des Abgeordnetenhauses, — daß die Ernennung der Adjuncten ebenso wie der Bezirksrichter dem Minister der Justiz vorbehalten werden möge; ferner, daß für die Grundbuchführer eine zweite höhere Gehaltsstufe von 800 fl. in Verbindung mit der höheren zehnten Diätenklasse systemisirt werde.

Das vom Abgeordnetenhaus abgeänderte Gesetz in Betreff der Geschäftsordnung des Reichsrathes wird von der Commission des Herrenhauses mit der einzigen Aenderung befürwortet, daß in dem § 8 von dem dort nach den Beschlüssen des Abgeordnetenhauses den Commissionen und Ausschüssen beider Häuser zugesprochenen Rechte, auch Zeugen zur mündlichen Vernehmung vorladen zu lassen, Umgang genommen werde, weil für die Fälle, wenn es sich um Erhebung der Anklage gegen die Minister handelt, bereits durch das Ministerverantwortlichkeitsgesetz (§§ 9 und 10) vorgesorgt ist, in allen anderen Beziehungen aber die Bestimmungen des § 8, wonach den Commissionen und Ausschüssen beider Häuser ohnehin das Recht zusteht, die Minister und Chefs der Centralstellen um die Einleitung allfälliger erforderlicher Erhebungen anzufragen, völlig genügend ist.

## Die Eröffnung des Zollparlaments.

Berlin, 27. April, 1 Uhr Mittags. Der König hat soeben das Zollparlament mit folgender Thronrede eröffnet:

Geehrte Herren vom deutschen Zollparlamente!

Bierzig Jahre sind verflossen seit der Begründung des Vereines, welcher heute in eine bedeutungsvolle Epoche seiner Entwicklung eintritt. Von kleinen Anfängen ausgehend, aber getragen von dem Bedürfnisse des deutschen Volkes nach Freiheit des inneren Verkehrs, hat der Zollverein sich allmählig durch die Macht des nationalen Gedankens, welchem er Ausdruck gab, über den größten Theil Deutschlands ausgedehnt. Er hat zwischen seinen Mitgliedern eine Gemeinsamkeit der Interessen geschaffen, welche ihn schwere Proben siegreich hat bestehen lassen, und im Weltverkehr nimmt er eine Stellung ein, auf welche jeder Deutsche mit Befriedigung blickt. Die ihm bei seiner Gründung gegebenen Einrichtungen haben im Laufe der Zeit durch die Sorgfalt der Vereinsregierungen einen hohen Grad der Ausbildung erhalten. Sie vermochten jedoch auf die Dauer weder den Anforderungen zu genügen, welche die rasche Entwicklung und die zunehmende Vielseitigkeit des Verkehrs an die Gesetzgebung stellt, noch dem berechtigten Verlangen des deutschen Volkes nach einer wirklichen Theilnahme an dieser Gesetzgebung zu entsprechen. Die Veränderungen, welche das wirtschaftliche und politische Leben Deutschlands erfahren hat, erheischen die Fortbildung der dem Zollvereine bei seiner Gründung gegebenen Organe, und es ist die Frucht einer naturgemäßen Entwicklung, wenn heute Vertreter der ganzen Nation sich zur Verathung der gemeinsamen wirtschaftlichen Interessen Deutschlands vereinigen.

Diese Verathung wird sich auf fast alle Gebiete der nach dem Vertrage vom 8. Juli v. J. gemeinschaftlichen Gesetzgebung erstrecken und kann dabei die Ausdehnung des Vereines auf Mecklenburg und Lübeck als nahe bevorstehend ins Auge fassen. Sie wird zunächst die dauernde Regelung der Verkehrsbeziehungen zu einem Nachbarlande zum Gegenstande haben, welches

durch Stammesverwandtschaft und die mannigfaltigsten materiellen Interessen eng mit Deutschland verbunden ist.

Der mit Oesterreich am 9. März d. J. abgeschlossene Handels- und Zollvertrag wird dem gegenseitigen Verkehr umfassende, seit Jahren angestrebte Erleichterungen gewähren und Anknüpfungspunkte zu weiterer Fortbildung darbieten. Ein Gesetz über Abänderung der Zollordnung soll durch Beseitigung der mit den Formen des Verkehrs nicht mehr verträglichen Formen des Zollverfahrens die Grundlage für eine allgemeine Revision der Zollgesetzgebung feststellen. Eine gleichmäßige Besteuerung des Tabaks und eine durchgreifende Abänderung des Zolltarifes sind dazu bestimmt, die Freiheit des Verkehrs im Innern des Vereines und mit dem Auslande zu fördern und den finanziellen Interessen der Vereinststaaten gerecht zu werden. Ein Handels- und Schiffsverkehrsvertrag mit Spanien ergänzt die Reihe der Verträge, durch welche der Zollverein im Laufe der letzten Jahre die Rechte der meistbegünstigten Nation erworben und zugestanden hat.

Ich bin gewiß, daß Sie, geehrte Herren, an die Lösung dieser wichtigen Fragen mit demselben Geiste herantreten werden, welcher die Regierungen befehlte, als sie sich über den Vertrag vereinigten, auf Grund dessen Ihre Berufung erfolgt ist, und welcher seither die Beratungen des Bundesrathes geleitet hat. Halten Sie das gemeinsame deutsche Interesse fest im Auge, vermitteln Sie von diesem Gesichtspunkte aus die Einzelinteressen und ein Erfolg, der Ihnen den Dank der Nation gewinnt, wird Ihre Anstrengungen krönen.

Die freundschaftlichen Beziehungen, welche die deutschen Regierungen mit allen auswärtigen Mächten unterhalten, berechtigen zu dem Vertrauen, daß der Entwicklung nationaler Wohlfahrt, deren Pflege heute die Vertreter der deutschen Stämme vereinigt, die Segnungen des Friedens gesichert bleiben, zu deren Beschützung die deutschen Staaten sich untereinander verbündet haben, und mit Gottes Beistand jederzeit auf die geeinte Kraft des deutschen Volkes werden zählen können.

Die Versammlung war sehr zahlreich. In der Hofloge befanden sich die Königin und die Prinzessinnen, in der Diplomatenloge sämtliche Botschafter und Gesandten. Um 1½ Uhr stellte sich der Bundesrath links vom Throne auf; es befanden sich daselbst Graf Bismarck und der bairische, württembergische, sächsische, badische, hessische und die übrigen Bevollmächtigten. Gleich darauf traten der König und sämtliche Prinzen ein. Alterspräsident Frankenberg brachte ein Hoch auf den König aus.

Nachdem die Thronrede, welche sehr beifällig aufgenommen wurde, verlesen war, erklärte Graf Bismarck im Namen der verbündeten Regierungen auf Präsidialbefehl das Zollparlament für eröffnet. Der König verließ sodann den Saal unter Hochrufen.

## Oesterreich.

Wien, 27. April. (Das Oberhaus) nahm heute die Gesetze bezüglich des Ankaufes Gödöllös, der Publication der Gesetze, der Handels- und Gewerbekammern und der Verlängerung der Indemnität an. Die Verhandlungen des Gesetzes über Prägung von Münzen wurde bei dem die Scheidemünze betreffenden Punkte über Antrag Senhey's unterbrochen. Es wurde eine aus Senhey, Graf Georg Karolyi, Graf Ladislaus Serenyi, Baron S. Revay, Graf Johann Mikos, Graf Ladislaus Eszky und Graf Alexander Teleky bestehende Commission gewählt, welche vor der Weiterberatung vom Finanzminister Aufklärungen entgegenzunehmen hat. Der Präsident machte am Beginn der Sitzung Mittheilung über die Deputation des Hauses bei der Taufe der Erzherzogin und über das vollkommen befriedigende Wohlbefinden Ihrer Majestät und der neugeborenen Erzherzogin. (Lebhafte Clenrufe.)

## Rusland.

Berlin, 27. April. (Zollparlamentssitzung.) Alterspräsident Frankenberg v. Ludwigsdorf ruft zuvörderst allen Süddeutschen ein freundliches Willkommen zu (Bravo) und fügt hinzu: Der Vertrag vom 8. Juli v. J. stellt unsere Competenz fest. Dem Vorbilde des Reichstages folgend werden wir die Vorlagen gründlich prüfen und unsere Bemühungen unablässig auf ein großes Ziel richten: „das einigte Deutschland“ (lebhafte Bravo). Das Parlament genehmigte provisorisch die Geschäftsordnung des Reichstages, worauf die Verlesung in die Abtheilungen erfolgte. Eingetreten sind 210 Reichstagsmitglieder und 73 Süddeutsche. Morgen werden Wahlprüfungen und die Wahl des Präsidenten stattfinden.

— 28. April. (In der gestrigen Sitzung des Zollparlaments) wurde Simson zum Präsidenten, der bairische Minister Fürst Hohenlohe zum ersten und Herzog Ujest zum zweiten Vicepräsidenten gewählt. Fürst Hohenlohe erklärte, er acceptire die auf ihn gefallene Wahl, indem er dieselbe nicht als Anerkennung seines eigenen Verdienstes, sondern als eine den Süddeutschen schuldige Rücksicht betrachte; er vertraue, daß die Eigenart und die Anschauungen der Süddeutschen Anerkennung finden werden.

**München, 27. April.** (Die Abgeordneten-Kammer) bewilligte das Militärbudget mit den vom Ausschusse beantragten Abstrichen von circa 800.000 Gulden.

**London, 27. April.** (Näheres über die abhissinische Entscheidung.) Eine Regierungsdepeche vom 14. April meldet, daß in der Schlacht am Charfreitage die Engländer 15 Verwundete und keinen Todten hatten. Am folgenden Tage lieferte König Theodor sämtliche Gefangene aus. General Napier forderte die unbedingte Uebergabe binnen vierundzwanzig Stunden, womit jedoch König Theodor zögerte. Verschiedene Heerestheile streckten entmuthigt die Waffen und übergaben die furchtbare Position Schilasse. König Theodor, welcher mit den Treugebliebenen die Festung bis aufs Aeußerste verteidigte, fiel. Der Verlust der Briten ist gering. Die Heimkehr der britischen Truppen ist bevorstehend. Andere nichtofficielle Depeschen melden, daß sich König Theodor erschoss. Er verlor am Charfreitag 500 Todte. Die Festungszugänge wurden mit 25 Kanonen verteidigt. Das Bombardement dauerte drei Stunden, worauf dann der Sturm auf die Festung unternommen wurde. Zwei Söhne Theodors wurden gefangen und erbeuteten die Engländer viele Waffen und vier goldene Kronen.

— 28. April. (Parlament.) Beide Häuser des Parlaments votirten der Königin Beileidsadressen wegen des Attentates auf den Prinzen Alfred. Im Unterhause belobt Disraeli den General Napier und die Armee. Sodann begann die Debatte über die erste Resolution Gladstone's. Die Geschworenen erklärten Barret des Mordes schuldig, die anderen mitangeklagten Fenier wurden für nicht schuldig erklärt.

**Bukarest, 27. April.** (Ruhestörungen.) Die Beförderung eines Judenverfolgers.) Die neu eingeführten Communalsteuern verursachten geringfügige Ruhestörungen seitens der Fleischhauer, der Bierkutscher und des Pöbels. Die Regierung traf ernste militärische Maßregeln, welchen es zuzuschreiben ist, daß bis jetzt keine erheblichen Ruhestörungen vorkamen. — Präfect Vecca in Baku, welcher die dortigen Judenverfolgungen duldete und dieselben sodann in Abrede stellte, wurde zum Polizeipräsidenten von Bukarest befördert.

## Tagesneuigkeiten.

— (Kaiserliches Geschenk.) Sr. Majestät haben dem Primas zum Andenken an die Taufe ein goldenes, mit Brillanten geschmücktes Brustkreuz an einer schweren goldenen Kette geschenkt.

— (Militärisches.) Wie das „N. Frdbst.“ vernimmt, sind Feldmarschall-Lieutenant Freiderr von Gablenz und Feldmarschall-Lieutenant St. Quentin zu Generalen der Cavalerie und die Feldmarschall-Lieutenants Hamming und Maroldić zu Feldzeugmeistern ernannt worden.

— (Hanns Gasser †.) Der Bildhauer Hanns Gasser ist vergangenen Freitag zu Pest gestorben und daselbst zur letzten Ruhe bestattet worden. Er schleppte schon seit mehreren Jahren ein schweres Leiden, das aus einer ursprünglich leichten Verletzung an seiner rechten Hand entstanden war, herum. Hanns Gasser war in Kärnten in dem zweiten Jahrzehnt dieses Jahrhunderts geboren; er widmete sich in früher Jugend, eine harte Schule der Entbehrung durchmachend, der Bildhauerkunst und erhielt seine Ausbildung in Wien und München. Die Bildniß-Statuen und Büsten nach dem Leben, die er mit seltenem Verständniß und großem Geschmac arbeitete, machten ihn alsbald in weiteren Kreisen bekannt. Seine Thätigkeit war eine außerordentlich reiche. Die hervorragendsten Werke sind: die Wieland-Statue in Weimar, die Büsten der Maler Marco und Rahl, die in Sandstein ausgeführten Statuen im Arsenal in Wien; außerdem die Statuen „Weisheit“ und „Stärke“ für das Waffensmuseum des Arsenals, die Welken-Statue zu Graz, die sechs Statuen am Hengi-Monument zu Ofen, die Brunnenfigur im Wiener Stadtpark, die Statue Sonnensfeld's auf der Elisabethbrücke, das „Gänsemädchen“ u. s. w. Der kärntnerische Geschichtsverein besitzt vierzig Original-Modelle seiner Werke. Es war dem Verstorbenen noch gegönnt, seine letzten Arbeiten für das neue Opernhaus vollständig abzuliefern. Die Schlussverrechnung hat erst vor drei Wochen stattgefunden. Freilich läßt sich nicht verkneipen, daß diese letzten Werke schon die Lähmung der schöpferischen Kraft durch die Krankheit zeigten, welcher der Künstler erliegen ist.

— (Der beste Stechbrief — eine Photographie.) Vor ungefähr sechs Monaten brachten die Blätter die Mittheilung, daß ein Engländer nach Verübung eines ziemlich bedeutenden Betruges zum Schaden des Wiener Wechslers Rosenbaum flüchtig geworden und stechbrieflich verfolgt werde. Seitdem war jede Spur verloren, und als kürzlich ein Freund des Herrn N. nach London reiste, gab er demselben scherzweise die Photographie des Flüchtigen mit. Auch dort waren die Bemühungen, trotzdem der Freund des Herrn N. einen tüchtigen Polizeigenten für die Eruirung des Betrügers gewonnen, vergebens, und man gab jede weitere Hoffnung auf. Zufällig hatte jener obgenannte Polizeigent in Hamburg zu thun und entdeckte bei einem Besuche des Hamburger Theaters eine Persönlichkeit, welche der Beschreibung und Photographie des Verschwundenen frappant ähnlich war. Zwar höflich, aber energisch forderte der Polizeigent die Papiere des Herrn N. und veranlaßte, nachdem ihm das Benehmen des Fremden auffallend war,

dessen Verhaftung. Ein Telegramm an das Wechselhaus veranlaßte den Buchhalter desselben, nach Hamburg zu fahren, um die Identität der Person zu agnosiren. Derselbe telegraphirte bereits an seinen Chef: „Thäter gefunden und eine Barschaft von 5000 fl. abgenommen.“

— (Menschenknochen in mährischen Höhlen.) Dr. Wankel, Hüttenarzt in Blansko, berichtet, daß er bis jetzt bloß in der „Vojstala“ (unweit Adamsthal) Menschenknochen gefunden hat, die gewiß ein hohes Alter voraussetzen lassen, aber deren Lagerstätte einer jüngeren Zeit angehören. Diese Knochen gehörten nur einem Skelette an. Der Schädel ist leider zertrümmert worden. Hierauf bespricht Herr Dr. Wankel die Slouper Höhle, in welcher sich nach seiner Ansicht vier in verschiedenen Zeiträumen abgesetzte Hautoberlagerungen finden, von denen jede durch eine krystallinische Traverterbede von der anderen getrennt ist. Nach dem Zeitraume ihrer Bildung bei dem frequentesten Tropfenfall und größtmöglicher Concentration des herabsinkenden Wassers können die oberen Schichten der Slouper Höhle auf ein Alter von etwa 10—15.000, die unteren Schichten aber auf 80—100.000 Jahre berechnet werden.

— (Räuberchronik.) In Neuhäusel wurde am 23. April dem Eisenhändler Joseph Haulst angeblich durch Diebstahl der äußeren Thüren und der Cassie in seinem Gewölbe eine Barschaft von 2000 fl. gestohlen — und gegen Mittag brachte man mehrere schwer verwundete Personen, welche auf der Rückreise von Tynau in der Nähe des Dorfes Sobornya (bei Szereb) von acht bis zehn Straßenräubern angefallen, sogleich mit Fesseln in die Hände geschlagen, vom Wagen herabgerissen und ihrer Gelder beraubt wurden. Am besten ist der „alte Hecht“ — ein empfindlicher Kleinhändler — zugerichtet worden, der am Kopfe und Rücken unzählige und tiefe Wunden erhielt, welche sein Auskommen bezweifeln lassen, und dem ein Betrag von 650 fl. geraubt wurde.

— (Eine freile Schandthat) wurde vor Kurzem in der Nähe von Bischofteinitz verübt. Ein in einem fremden Dorfe dienendes Mädchen wollte ihre, im Dorfe R., Bez. Bischofteinitz, wohnenden Eltern besuchen. Am Wege wurde sie beim lichten Tage von 2 Männern überfallen, welche sie in den nahen Wald schlepten, ihr mit dem Tode drohend, falls sie schreien würde. Hier rissen sie der vor Schrecken halb Bewußtlosen die Kleider vom Leibe, fesselten ihr die Hände, banden sie an den Füßen und um den Leib an einen Baum, an welchen sie auch den Kopf ihres Opfers mit dessen aufgelösten Haaren festbanden. In dieser Stellung der Nachtlalte ohne Kleidung preisgegeben, mußte die Hilflose durch 26 Stunden verbleiben, bis sie von einem Waldbeuger zufällig aufgefunden wurde. Als dieser sie von ihren Banden befreit hatte, brach sie vor Kälte starr zusammen. Sie liegt lebensgefährlich darnieder und wurde bereits mit den h. Sterbsakramenten versehen. — Von den unmenschlichen Verbrechern hat man keine Spur.

— (Diebzucht.) Nach der letzten Zählung besitzt Oesterreich 13,660.332 Rinder. Es entfallen auf die Quadratkilometer in Steiermark 1477, in Kärnten 1278 und in Krain 1086, während in Ungarn nur 1039, in Böhmen dagegen 2033, in Schlesien sogar 2165 Stück Rinder auf eine Quadratmeile kommen.

— (Kampf mit Seeräubern.) Laut eines Berichtes des Capitans Joseph Sinibaldi des österreichischen Dreimasters „Carl Borromeo“ bekam er, wie die „Trierer Zig.“ meldet, auf seiner Fahrt nach Nauplia im dortigen Canale am 30. März bei Sonnenuntergang eine lange und große Warte in Sicht, welche den Kurs gegen das Schiff hielt, und gewahrte alsbald, daß sie nicht eine Fischerbarke, sondern ein vollständiges Piraten-Fahrzeug sei. Er ordnete sofort die Bereitschaft der Geschütze an und ließ einen blinden Schuß lösen und die Flagge hissen, jedoch ohne Erfolg, indem der Pirat die Verfolgung des Schiffes unbefürchtet fortsetzte. Bei seiner weiteren Annäherung, als man bereits die starke Anzahl seiner Mannschaft und ihre Bewaffnung wahrnehmen konnte, ließ der Capitän einen scharfen Schuß mit Angelladung abfeuern, welcher zwar getroffen zu haben scheint, aber der Verfolgung des Schiffes keinen Einhalt machte, die im Gegentheil mit vermehrten Segeln fortgesetzt wurde. Der Capitän ließ hierauf die Geschütze mit Kartätschen laden, das Schiff zum Gefechte klar machen und den Kurs anhalten, um den Piraten herbeikommen zu lassen. Als aber derselbe diese Manöver wahrgenommen, änderte er seine Richtung und flüchtete. Der k. k. Consul in Syra hat mit Rücksicht auf den Vorfall des „Carl Borromeo“ den Commandanten Sr. Majestät Kanonenboot „Dalmat“ ersucht, auf seiner Rückfahrt vom Piräus nach Syra die Insel Spezia anzulaufen, um in jenen Gewässern die kaiserliche Flagge zu zeigen und von den dortigen Behörden nähere Erkundigungen über jenen Vorfall einzuziehen.

— (Livingstone.) Die Briefe Livingstone's werden in der nächsten Sitzung der Royal Geographical Society verlesen werden; allzu große Gewissheit über das Leben desselben darf man aus ihnen inbessen nicht herleiten, da sie von altem Datum und die aus ihnen gezogenen Schlüsse nur negativer Natur sind. Inzwischen sind Privatbriefe Livingstone's an einen Freund in Edinburgh, welche wahrscheinlich durch denselben Boten, wie die an Dr. Kirk in Zanzibar überbracht wurden, im Auszuge veröffentlicht worden. Der letzte derselben ist vom 1. Februar 1867 datirt. An diesem Tage befand er sich in Wemba ober Lobemba, dessen Häuptling ihm und seinen Begleitern eine Ruh schlachten ließ. Davon feierten die Reisenden, welche lange Zeit nur spärliche und mehrere Tage fast gar keine

Nahrung gehabt hatten, das Weihnachtsfest. Die Johanna-Männer hatten ihn schon viel früher verlassen, nachdem ein arabischer Sklavenhändler ihnen große Furcht vor dem schrecklichen Mazitus eingebläht, und so blieben ihm nur noch neun Begleiter vom Stamme Naffid. Um jenen und anderen feindlichen Stämmen auszuweichen, mußte die Reise häufig im Bidad vor sich gehen. Doch glaubte Livingstone am 1. Februar die Wasserseide gefunden zu haben, nach welcher er geforscht. Mit den Völkern war er bisher stets im besten Einverständnisse gewesen, und die einzige Furcht knüpfte sich an den Gedanken einer Krankheit, der dadurch noch bedeutend vermehrt worden war, daß man ihm seine Apotheke gestohlen hatte.

## Locales.

— (Militärisches.) Laut a. h. Entschliegung vom 17. d. M. wurde das hiesige Platzcommando, wie jene in Bozen, Bregenz, Brody, Franzensveste, Innsbruck, Klagenfurt, Lefina, Linz, aufgegeben.

— (Theater.) Alle Freunde des Theaters werden sicherlich mit besonderer Befriedigung hören, daß Herr Theaterdirector Böllner auch für die kommende Saison die Laibacher Bühne übernommen hat. Es wird dem Betheuer nach auch dem Wunsche nach slovenischen Vorstellungen Rechnung getragen werden.

— (Sokol.) In der am 27. April Abends abgehaltenen Generalversammlung des slovenischen Turnvereines „Sokol“, in welcher eine unwesentliche Aenderung in der Belleidung beschlossen, für den ersten Ausflug ein Ort in der Nähe von Laibach bestimmt und die Versammlung den Ausschuss zum Ankauf von Musikinstrumenten zum Zwecke der Errichtung einer Sokolmusik ermächtigt, wurden in den Ausschuss gewählt die Herren: Joseph Debevec Vorstand, Peter Grafelli Stellvertreter, Paul Draslar, Franz Ravnitar, Dr. R. Bleiweis, Franz Levstik, Johann Murnit, Edward Pour, A. Zentil.

## Die politische Bedeutung der bevorstehenden Gemeinderathswahlen.

X. — Die Gemeinde ist ein Bild des Staates im Kleinen, sie ist bestimmt, die gemeinschaftlichen Interessen der auf einer kleinen Scholle zusammen Lebenden zu befriedigen, einen Theil jener Lücken auszufüllen, welche der Staat bei Erreichung der Zwecke der Gesellschaft offen läßt, und endlich dem Individuum eine selbstständige Entfaltung gegenüber dem alles verschlingenden Staatsbegriff zu sichern.

Die Gemeinde liefert dem Staate Bürger, welche aus dem engen Gemeindeverbande auf dem Wege des Staatsdienstes, der parlamentarischen Laufbahn u. s. w. in das Gebiet des höheren Staatslebens übergehen.

Es kann daher auch uns Laibachern als guten Oesterreichern nicht gleichgültig sein, welche politischen Principien in unserer Gemeindevertretung zur Geltung gelangen.

Zur Beurtheilung der Tendenzen unserer Gemeinderathsmajorität haben wir nicht bloß ihre Programme, sondern auch ihre Thaten vor uns.

In den Programmen regiert die hohle Phrase. Zur Zeit Belcredi's mahten sie stark an einen feudalclementalen Kreuzzug gegen die Ungläubigen, diesmal sind sie bedeutend zusammengeschrumpft, das „bürgerliche“ Wahlcomité hält den Glauben nicht mehr für bedroht, diesmal bramarbasirt es mit „in guten und schlimmen Tagen tren zu der Nation stehen“, wobei wir uns als den Wendepunkt zwischen den „guten und schlimmen Tagen“ wohl die Sommer Sonnenwende des Jahres 1867 denken dürfen.

Von keinem Worte ist der Verbrauch so stark, als von dem Worte: „Nation“ im Deutschen, „narod“ im Slovenischen, besonders in dem Organe der Gemeinderathsmajorität, den „Novice gospodarske, obertnjiske in narodne.“ Wir hätten fast Lust, den „Novice“ ihren Titel zu bestreiten. Wie das? Uebersetzt ins Deutsche würde derselbe lauten: „Zeitung für Landwirthschaft, Gewerbe und Volksthum.“ Daß unter dem „Volksthum“ nicht die große Volksmenge, sondern die Nationalität verstanden, wer möchte daran zweifeln? Dies zeigt uns ja der Blick in eine Nummer des Blattes.

Da finden wir auf der ersten Seite meist landwirthschaftliche Brosamen, sonderbarer Weise oft von fremden Tischen aufgeschöpft, dann folgen unter der Ueberschrift: „Belehrendes“ langathmige Parteischriften; Leitartikel; Wahlanrufe; staatsrechtliche Artikel von „unter dem Großgallenberg“; noch ein Stück politischer Rückblicke, freilich nicht in eigene, sondern fremde Geschichte; Umschau in der — türkischen Welt, endlich Correspondenz und Wochenschau, alles durch die nationale Brille betrachtet.

„Man wird uns vielleicht einwenden, wir hätten „narod“ irrig mit „Volk“ übersetzt, es sollte heißen: „Nation.“ Wir ziehen ein slovenisches Wörterbuch zu Rathe und — finden keinen Rath. Die slovenischen Lexikographen scheinen die Ausdrücke: „Volk“ und „Nation“ für gleichbedeutend zu halten, sie geben sie mit ljudstvo und narod und umgekehrt (vide Janjic). Sind aber diese beiden Ausdrücke wirklich so identisch? Das Wort „Nation“ deutet schon durch seine Ableitung auf die Abstammung, die Race hin, das Wort „Volk“

